



„Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist wie sie ist, es wär‘ nur deine Schuld, wenn sie so bleibt,,

Und schon wieder ist Chemnitz in den Medien. Vor ca. zwei Wochen wurde dort eine rechtsextreme Terrorzelle namens „Revolution Chemnitz“ hochgenommen, die Anschläge für den 3. Oktober geplant haben soll. Acht Männer wurden bisher in Sachsen und Bayern festgenommen.

Doch nicht nur diese Herren haben die Medien nach Chemnitz gelockt, in den vergangenen Wochen gab es dort große Demonstrationen, größtenteils von bekannten Neonazis organisiert, aber auch Verfolgungsjagden gegen alle, die nicht „deutsch“ genug aussahen. Ähnliches versuchten Rechtsradikale in Köthen (Sachsen-Anhalt) und ein fälschlicherweise festgenommener Syrer verbrannte in einem Gefängnis in Nordrhein-Westfalen.

Das kennen wir doch?

All diese Nachrichten erinnern an die politische Situation in den 90er Jahren – angefangen von dem brennenden Flüchtlingsheim in Rostock-Lichtenhagen bis hin zu den Verfolgungsjagden und Morden in Solingen, Mölln und Hoyerswerda. Das waren keine „besorgten Bürger“ oder „verwirrte Arbeiter“. Alte und neue Nazis aus West- und Ostdeutschland trauten sich wieder aus ihren Löchern und versprachen „nationale Antworten“ auf soziale Probleme nach der Wende 1989. Schon damals wurde so versucht, die Schuld für die Sparpolitik und den Arbeitsplatzabbau den Geflüchteten und „nicht-deutsch“ aussehenden Menschen in die Schuhe zu schieben. Die Regierungen seit dieser Zeit, egal ob schwarz, rot, gelb oder grün, haben dagegen eine skrupellose Politik für die Unternehmer_innen betrieben und diese mit Kürzungen im Sozialsystem bezahlt. Sie haben Hartz IV eingeführt, das Gesundheits- und Bildungssystem (teil)privatisiert oder prekäre Arbeitsverhältnisse mit diversen Gesetzen gefördert.

Die AfD macht's auch nicht besser

Die Konsequenz dieser Politik ist eine Wut in der Bevölkerung, die von rechten Rattenfängern geschickt aufgegriffen und gegen „Fremdes“ gewendet wird. Die scheinbare Ohnmacht gegenüber den Angriffen von oben wird mit scheinbarer „Macht“ und „Größe“ gegen Schwächere ausgeglichen. Die AfD versteht es besonders geschickt, diese Ohnmacht auszunutzen. Aber ihre rassistische Propaganda ist keine Antwort auf die sozialen Probleme, wie z.B. zu niedrige Renten. Denn genau darauf kennt die AfD bis heute keine Antwort (Rentenkonzept wird z.B. immer noch

diskutiert). Und die Unternehmer_innen reiben sich weiterhin die Hände: anstatt mit unseren „arabischen“ oder „muslimischen“ Kolleg_innen gemeinsam gegen zu hohe Mieten, unsichere Arbeitsplätze und zu niedrige Löhne und Renten zu kämpfen, werden wir gegeneinander ausgespielt um noch mehr Profite zu erwirtschaften.

Was nun?

Die AfD, Pegida und die Nazis sind nicht die Mehrheit in diesem Land. Im Gegenteil: Millionen Menschen setzen sich für Flüchtlinge und eine bunte und tolerante Gesellschaft ein. Trotzdem aber beherrschen die Rechten die Diskussion in den Medien, scheint die AfD unaufhaltsam zu wachsen. Setzen wir ihnen etwas entgegen. Statt den Rassismus im Betrieb, im Bekanntenkreis oder in den Medien weiter schweigend hinzunehmen, müssen wir zeigen, dass wir mehr sind wie bei den großen Demos in Chemnitz gegen die Rechtsradikalen. Aber „gegen Rechts“ zu sein, reicht nicht, wir müssen auch die soziale Ursache der rechten Hetze angehen. Statt Arbeitsplatzabbau für Profitinteressen zu akzeptieren, können wir anfangen zu streiken wie die Arbeitenden von Halberg Guss in Leipzig, die trotz bester Konjunktur entlassen werden sollen.

Auch in Frankreich beherrschten nach den menschenverachtenden Terroranschlägen von Islamisten die Rechten vom „Front National“ die politische Bühne. Auch in Frankreich wurde diskutiert, ob Menschen aus Nordafrika oder „Muslime“ nicht das größte Problem im Land seien. Die Spaltung ging bis in die Betriebe und Nachbarschaften. Als aber im Frühjahr die französischen Arbeitenden, Eisenbahner_innen aber auch Studierende und Schüler_innen auf die Straße gingen und das Land mit Streiks überzogen, waren diese rechten Kräfte plötzlich still und kaum einer hörte sie noch. Im Kampf gegen die unsozialen Angriffe der Regierung wurde sehr schnell klar, dass wirkliche Grenzen eben nicht zwischen Hautfarbe, Herkunft oder Religion bestehen sondern zwischen oben und unten. Und das ist unser wahres Problem!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Wer ist hier eigentlich qualifiziert?

Im Brandbrief hat Lutz ja auch knallharte „qualifizierte Ausgabensteuerung“ angedroht. Was soll das überhaupt sein? Und wer entscheidet das? Einerseits drehen die Halbleiter intern durch, weil sie nicht wissen, wie sie ihrem Chef gefallen können. Schon der Einkauf von Briefmarken wird in Frage gestellt. Andererseits soll die Rollkofferarmada von McKinsey wieder einmarschieren und die DB „beraten“... für zig Millionen. Was „qualifiziert“ die eigentlich?

Die neue Bahnkrise und das Monsterprojekt Stuttgart 21

Lutzes berüchtigter Brandbrief spricht von Krise. Aber nach der Krise ist vor der Krise. Seit der Privatisierung des



Bahnsektors ab Mitte der 90er ging es für Bahner und Fahrgäste abwärts. Der Journalist Winfried Wolf hat letztes auf einer der regelmäßigen Kundgebungen in Stuttgart die Entwicklungen der letzten Jahre gut zusammengefasst.

Es ist dringend nötig, dass dieser (W)Bahnsinn ein Ende hat.

Wenn es denn eine Revolution sein muss, dann muss es eben

Die Geschäftsführung der S-Bahn hatte schon vor einiger Zeit ihre „Wunsch“-Liste zur Änderung der BV Arbeitszeit auf den Tisch gepackt. Aber wenn die die BV „anfassen“ wollen, warum wir nicht auch? Statt Verschlechterungen ein paar Verbesserungen: Deutlich kürzere Fahrzeiten am Stück und innerhalb einer Schicht würden Entlastung bringen. An jedem Endbahnhof eine zusätzliche Kurzpause wär' super.

Um uns zu entmutigen, hat Wachendorf auf der Betriebsversammlung erklärt, dass es keine Revolution geben werde.

Naja, das haben schon viele Könige und Politiker gedacht...

Demonstration: Wir sind unteilbar

Samstag, 13. Oktober, startet 13 Uhr am Alexanderplatz eine große Demonstration gegen die Kürzungen im sozialen Bereich, gegen die Niedriglöhne, für Solidarität mit den Migrant*innen.

Lasst uns laut unsere Meinung sagen: Für ein Europa ohne kapitalistische Ausbeutung und ohne Grenzen!

Mehr Geld und mehr Freizeit!

Alle Jahre wieder versucht die Geschäftsleitung der S-Bahn uns zu überreden, nicht auf unser gutes Recht zu bestehen und auf Freizeitausgleich für Überstunden zu verzichten. Dieses Jahr ist der Preis für das Abkaufen der Überstunden ziemlich billig. Nur 4 Euro zusätzlich. Da ist aber bei der „Ausgabensteuerung“ ganz schön was schief gelaufen...

Züge bekommen Flügel

Im Werk Cottbus geht der Personalabbau weiter. Nachdem die letzten Jahre schon die Kollegen hin und hergeschubst wurden. Dafür gehen die Züge nach Litauen oder Neustrelitz oder sonstwo hin? Und das macht es besser? Und was wird aus den Kollegen? Der Stadt Cottbus?

Die DB rechnet sich zurecht und verschiebt Aufträge von X nach Y, wie sie es brauchen. Das hat keine Logik, außer kurzfristig geschönte Zahlen.

Wo ist das Geld bloß geblieben?

Der Bundesrechnungshof meckert, dass nicht nachvollziehbar sei, wo die ganzen Milliarden bleiben, die der Staat an die DB zahlt. Kennen wir, die Milliönchen zerrinnen einem so durch die Finger, man weiß nicht, wofür man die wieder ausgegeben hat, und dann entdeckt man in der alten ausgebeulten Jeans noch ein Paket 500 Euro Scheine.

Der Bundesrechnungshof verlangt, dass die Bundesregierung die DB besser kontrolliert. Aber die DB ist der Goldesel für die Privatwirtschaft! Bahn- und Stahlindustrie, Finanzinstitute, Tunnelbauer... sie halten die Hand auf und der Staat zahlt. Eher rüstet Volkswagen alle Dieselaautos kostenlos um, als dass die Bundesregierung den Geldfluss stoppt...

Streik an den Kliniken Essen und Düsseldorf

Nach etwas mehr als einem Monat Streik haben die Pflegekräfte einen Tarifvertrag, der im Prinzip festlegt, dass fast niemand nachts alleine auf Station arbeiten muss, wieviele Kolleg*innen mindestens auf Station sein müssen und dass 180 Leute eingestellt werden. Die Klinikleitungen hatten lange jede ernsthafte Festlegung verweigert. Es wurde gedroht, versucht, die verschiedenen Bereiche der Kliniken gegeneinander auszuspielen... Gesiegt haben Hartnäckigkeit und Solidarität. Es gab gemeinsame Streikversammlungen beider Kliniken. Die Vorschläge aus den Tarifverhandlungen wurden gemeinsam diskutiert, die Streikenden hatten das letzte Wort. Auf Demonstrationen waren neben den Klinikbeschäftigten auch Hunderte Menschen aus dem Ruhrgebiet.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

flugblatt_bahn@gmx.de || www.sozialismus.click || facebook: RSO Deutschland